

nachrichten

Wirtschaftskrise

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind für Malaysia und die gesamte Region auch weiterhin spürbar. Mittlerweile werden negative Wachstumszahlen prognostiziert und ein Bilanzdefizit angekündigt. Der Ringgit ist nach wie vor schwach und der Börsenindex niedrig und es gibt Befürchtungen, daß noch weitere Firmenzusammenbrüche in der Industrie und im Finanzsektor anstehen.

Die Regierung hat bestritten, daß Finanzhilfen gezahlt wurden, aber es gibt Anzeichen für das Gegenteil. Es kam zu kontroversen Zahlungen von mindestens \$ 420 Millionen durch die staatseigene Ölgesellschaft Petronas zur Begleichung der Schulden von Mahathirs ältestem Sohn Mirzan und weitere \$190 Millionen wurden in die staatseigene Bumiputra Bank gepumpt. Außerdem hört man besorgte Stimmen wegen der Nutzung von Mitteln aus dem staatlichen Pensionsfonds EPF. (vgl. Artikel »Bürgerschaftsblues auf S. 33f)

Der für die Renten der Werktätigen eingerichtete Fonds hat \$ 1 Milliarde zum Bau des neuen Flughafens von Kuala Lumpur, \$ 2 Milliarden zu Kazahnah, dem Investitionsarm der Regierung und \$ 710 Millionen zur hochverschuldeten Stahlgesellschaft Perwaja beigesteuert, sowie im letzten Jahr starke Aktienzukäufe getätigt. In der Zwischenzeit hat man die niedrigste Dividendenzahlung seit Jahren angekündigt, was bei Arbeitern und Gewerkschaftern zu Forderungen nach größerer Transparenz in den Aktivitäten und stärkerer Mitbestimmung geführt hat.

vgl. *Star* 28.3., *Aliran* 18(2), *Asiaweek* 27.3.

Ausländische Arbeitskräfte

In der britischen Presse erschienen Anschuldigungen, daß malaysische Behörden indonesische Arbeitskräfte »vergiftet« hätten, die in Abschiebelagern auf ihre Ausweisung warten. Ein weiteres Ereignis in einer Serie von ähnlichen Vorfällen mit Arbeitsmigranten.

Es ist Politik der malaysischen Regierung, illegale Immigranten in ihre Heimatländer zurückzusenden. Angeblich sind derzeit 17.000 Indonesier

in acht Abschiebelagern untergebracht. In Malaysia gibt es mindestens 700.000 illegale Arbeitskräfte und man schätzt, das mindestens 400 Indonesier jeden Tag dazukommen.

Bei Unruhen im Lager Semenyih im März kamen eine unbekannte Zahl von Immigranten ums Leben. Einige Immigranten aus der indonesischen Provinz Aceh haben beim UN Flüchtlingskommissariat sowie ausländischen Botschaften Unterschlupf ge-

funden und Asylanträge als politisch Verfolgte gestellt. Malaysia hat seine Rückführungsbemühungen und seine Küstenpatrouillen verstärkt. NROs verlangen eine unabhängige Untersuchung über die Bedingungen und Vorfälle in den Lagern und fordern die Regierung auf, die UN Konventionen für Migrationsarbeiter zu unterzeichnen.

vgl. *Amnesty International* 2.4.; *Asiaweek* 10.4.

Zwangsrückführungen Überdenken

Folgende Erklärung verfaßte der Präsident der malaysischen Society For Christian Reflection (SCR -Verein für christliches Denken), Charles Hector, anlässlich des wachsenden Zustroms von Migranten aus Indonesien nach Malaysia und ihrer Abschiebung.

Der SCR beobachtet mit großer Betroffenheit die zahlreichen jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit den Zwangsrückführungen »illegaler Immigranten« aus Indonesien.

Die Regierungspolitik zur Rückführung von illegalen Immigranten aus Indonesien muß überprüft und angepaßt werden, um der komplizierten Situation in Indonesien gerecht zu werden.

Im Umgang mit illegalen Immigranten aus Indonesien müssen wir zwei Faktoren bedenken:

- Die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die anhaltende Dürre in Indonesien hat dazu geführt, daß Millionen Indonesier in schwerer Not sind und in einigen Fällen sogar mit Nahrungsmangel konfrontiert sind;
- in bestimmten Teilen Indonesiens gibt es einen Kampf um Lostrennung, darunter der Kampf um Unabhängigkeit in Aceh, Osttimor und Irian Jaya.

Der SCR spricht sich nicht dafür aus, daß illegale Immigranten nicht abgeschoben werden sollten, aber jeden ohne gültige Arbeitserlaubnis einfach als illegalen Immigran-

ten zu sehen, ist eine gefährliche Sache. Gefährlicher noch ist die sich in Teilen der malaysischen Bevölkerung entwickelnde Einstellung, daß diese »illegalen« eine Bedrohung unserer Lebensweise darstellen und daß mit ihnen energisch umgegangen werden sollte, unabhängig von den konkreten Hintergründen.

Die Regierung muß an dieses Problem mit einer humanen, zweigleisigen Politik herangehen. Zum einen mag die Zwangsrückführung von Wirtschaftsflüchtlingen der einzige Weg sein. In dieser Hinsicht sollte die Regierung standhaft bleiben. Eine solche Standhaftigkeit sollte jedoch durch eine große Portion Mitleid gemildert werden. Wir haben es immerhin mit Menschen zu tun, die versucht haben, in Indonesien durchzukommen. Mit Nahrungsmangel und hoher Arbeitslosigkeit haben sie in einem Nachbarland Zuflucht gesucht, dem es besser geht als dem ihrigen. Es sind keine Kriminellen, lediglich Menschen, die ums Überleben kämpfen, und sie verdienen es als Menschen mit Würde und Respekt behandelt zu werden.

Zum anderen muß die Regierung berücksichtigen, daß unter den sogenannten »illegalen Immigranten« Individuen sein können, die zu uns gekommen sind, um sich vor politischer Verfolgung zu schützen. Diese Leute können nicht auf die gleiche Art und Weise behandelt werden wie

jene, die lediglich Wirtschaftsflüchtlinge sind. Warum wird dabei nicht mit dem Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) zusammengearbeitet? Wenn solche Personen in den Internierungslagern für illegale Immigranten sein sollten, warum läßt man dem UNHCR keinen Zugang zu ihnen, um ihren tatsächlichen Status festzustellen, vor einer Zwangsrückführung?

Der SCR sieht keine vernünftige Erklärung für die Behauptung, daß alle illegalen Immigranten aus Indonesien Wirtschaftsflüchtlinge sind. Wir können verstehen, daß die malaysische Regierung in einer politischen Auseinandersetzung um Lostrennung in Indonesien keine Partei ergreifen möchte, angesichts der Zusammenarbeit innerhalb ASEANs. Aber die malaysische Regierung kann auch nicht den Kopf in den Sand stecken und das Bestehen solcher politischen Auseinandersetzungen leugnen oder die Tatsache, daß Indonesien eine Periode großer, politischer Turbulenzen durchmacht.

Es ist ein trauriger Tag für Malaysia, wenn illegale Immigranten in diesem Land sich gewaltsam Zugang zum UNHCR-Gelände verschaffen müssen oder sich dem Erbarmen der Amerikaner, Schweizer und Franzosen hingeben müssen, um sich Gehör zu verschaffen.

aus *ALIR* Vol. 18, Nr. 4, Mai 98 S.

37.

Luftverschmutzung und Waldbrände

Die malaysische Regierung spielt weiterhin Ängste herunter, daß sich die letztjährige Smogperiode wiederholen könnte und damit die im September stattfindenden Commonwealthspiele bedroht seien und eine akute Bedrohung für die Wirtschaft und Gesundheit bestehe. Doch die Brände in Indonesien sind immer noch nicht gelöscht und das ASEAN-Komitee zur Bekämpfung der Brände hat aufgrund der jüngsten Ereignisse in Indonesien seine Arbeit eingestellt.

Teile von Sarawak liegen im Dauernebel, der Luftverschmutzungsindex hat die gefährliche Marke von 600 erreicht und Schulen sind geschlossen. Auch in Malaysia gab es Schwelbrände, die Tausende Hektar Wald zerstörten. Der Tourismus in Malaysia und Singapur ist aufgrund der Luftverschmutzung und neuen Smogbefürchtungen stark zurückgegangen.

vgl. Star 28.3. und 17.5.

Polizeistrategie

Die nationale Gesellschaft für Menschenrechte ist wegen der Kritik an der Polizei, sie verfolge eine Strategie gezielter Todschüsse bei der Festnahme von Kriminellen, zur Rechenschaft gezogen worden. 380 »Gangster« sind in den letzten fünf Jahren bei Festnahmen erschossen worden. Die abwehrende Haltung der Polizei lenkte die Aufmerksamkeit auf die steigenden Kriminalitätsraten, die in diesem Jahr um 53 %, und bei Gewaltverbrechen, die um etwa 40 % zunahmen.

vgl. Star 14.4.

Menschenrechte

Die Veränderungen des Company Act von 1965 und die Verurteilung des Oppositionsabgeordneten Lim Guan Eng zu 18 Monaten Gefängnis wegen Aufwiegelung und Verbreitung falscher Nachrichten wurden als Ausdruck des Regierungswunsches gewertet, die Opposition mundtot zu machen.

Der Company Act, nach dem viele Nichtregierungsorganisationen registriert sind, wurde so abgeändert, daß die Registrierungsbehörde autorisiert ist, jeder Organisation die Zulassung zu entziehen, deren Aktionen für abträglich »dem Frieden, dem allgemeinen Wohlergehen, der Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und Moral oder der nationalen Sicherheit und des öffentlichen Interesses« gehalten werden.

Lim Guan Eng war der Aufwiegelung und der Verbreitung falscher Nachrichten für schuldig befunden worden, aufgrund einer Rede und eines Flugblattes, in denen es um die Aktivitäten des in Ungnade gefallenen ehemaligen Regierungschefs von Malakka Thamby Cik ging. Nach einer Berufung wurde eine frühere Strafe in eine 18monatige Gefängnisstrafe umgewandelt, gegen die er wiederum Berufung bei der höchsten Instanz eingelegt hat.

vgl. Star 26.4.; ALIR Vol. 18 Nr. 4

Mai 1998

nachrichten

Ethnische Spannungen

Im Kampong Rawa auf der Insel Penang erinnerte ein ernsthafter Zwischenfall an die vorhandenen ethnischen Spannungen. Nach einer Konfrontation zwischen Muslimen und Hindus wurden 107 Personen festgenommen und zahlreiche Waffen beschlagnahmt. Die muslimische Gemeinde war über die Platzierung eines Hindutempels und über die Bereitstellung von Land durch die Regierung für die Umsetzung des Tempels verärgert. Es kam zu einem viertägigen Aufstand, der die Bundes- und Landesregierung zum Eingreifen zwang.

vgl. Aliran 18(3); Star 29.3.

Kurzmeldungen

➔ Eine neue sozialistische Partei Malaysias hat sich am 1. Mai um Registrierung beworben. Im vorläufigen Vorstand sind Landbesetzer und Plantagenarbeiter. (SPM Presseerklärung 1.5.)

➔ 2,9 Milliarden Ringgit werden benötigt um die Nachhaltigkeit von Malaysias Forstschutzstrategien bis zum Jahr 2000 zu gewährleisten, teilte die für die malaysische Halbinsel zuständige Forstschutzabteilung mit. (Star 19.4.)

➔ 800 Menschen wurden wegen häuslicher Gewalttaten im Jahre 1997 verhaftet. 693 von ihnen wurden verurteilt. (Star 15.5.)



Bildmontage aus ALIRAN Monthly Vol. 17, Nr. 18, 1997